

**Bericht und Antrag des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen****I. Bericht**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer Sitzung am 21. Februar 2002 folgenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Januar 2002 (Drucksache 15/1048) an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Interregio erhalten und modernisieren**

Vor wenigen Tagen gab die Deutsche Bahn AG bekannt, dass der Interregio vollständig aus dem Angebot genommen werden soll. Die Abschaffung dieser schnellen, preisgünstigen und direkten Verbindungen bringt erhebliche Nachteile für die Fahrgäste mit sich. Durch das Ersatzangebot mit Intercitys würde das Bahnreisen deutlich teurer; es würden weniger Bahnhöfe angefahren, und häufigeres Umsteigen wäre nötig. Auch die touristischen Ziele im Nordwesten würden deutlich schlechter mit der Bahn zu erreichen sein.

Deshalb ist schnelles Handeln des Senats für den Erhalt und den Ausbau der Interregio-Verbindungen unabdingbar.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. eine Einstellung des Interregio-Angebots mit allen Mitteln zu verhindern,
2. gemeinsam mit der Landesregierung in Niedersachsen für eine Sicherung der Interregios einzutreten und über neue Angebote in der Nordwest-Region zu verhandeln.

Der Ausschuss hat den Antrag in seiner Sitzung am 8. März beraten und beschlossen, über die Fernverkehrsanbindung auf der Schiene der Region Bremen und Bremerhaven eine Anhörung am 12. April 2002 in Bremen durchzuführen. Hierzu wurden folgende Unternehmen und Institutionen eingeladen:

Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Niedersächsische Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Deutsche Bahn AG

Connex Regiobahn GmbH

Senator für Bau und Umwelt

Senator für Wirtschaft und Häfen

Handelskammer Bremen

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven

Trans Net

An der Anhörung nahmen die Vertreter von der Deutschen Bahn AG, der Connex Regiobahn GmbH, vom Senator für Bau und Umwelt, vom Senator für Wirtschaft und Häfen und von der Trans Net teil. Vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr sowie der Handelskammer Bremen wurden schriftliche Stellungnahmen dem Ausschuss vorgelegt. Das Wortprotokoll der Anhörung ist bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft einzusehen.

Die wesentlichen Aussagen der Anhörung waren, dass die Deutsche Bahn AG das Produkt „Interregio“ einstellen und vom „Intercity“ ablösen wird. Mit dem Fahrplanwechsel zum Dezember 2002 sollen die Fernverkehrsverbindungen von und nach Bremen verbessert werden. So sollen die Umsteigemöglichkeiten in Hannover von und nach Berlin enger mit den Verbindungen nach Bremen abgestimmt werden. Der Vertreter der Deutschen Bahn AG verwies darauf, dass im gesamten Raum keine Fernverkehrslinien entfallen. Der Vertreter der Connex bemängelte, dass die Deutsche Bahn AG ihre quasi Monopol-Stellung dazu nutzen würde, um unliebsame Konkurrenz vom Netz fernzuhalten, und Wettbewerb im Fernverkehr nicht zulasse. In diesem Zusammenhang wurde auf das erste Fernverkehrs-Zugpaar der Connex verwiesen, das auf einer Linie verkehrt, die im vergangenen Jahr von der Deutschen Bahn AG mit der Begründung der mangelnden Nachfrage eingestellt wurde. In den ersten Wochen des Betriebes, wurden mit einem attraktiven Leistungs- und Preisangebot erhebliche Zuwachsraten verzeichnet. Der Vertreter der „Trans Net“ hält den Rückzug der Deutschen Bahn AG aus dem Produkt „Interregio“ für verfehlt. Mit einer vernünftigen Linien- und Fahrplangführung würde der Interregio insbesondere in der Region Nord-West-Deutschland mit Erfolg zu führen sein. Als Beispiel wurde in diesem Zusammenhang genannt, dass der Interregio von Norddeich hinter einem Nahverkehrszug fahren würde und somit keine Zeitersparnis eintreten könne. Die Vertreter des Senators für Wirtschaft und Häfen sowie „Bau und Umwelt“ verwiesen auf die Bedeutung leistungsfähiger Fernverkehrssysteme für die Wirtschaftsregion Bremen und Bremerhaven. An das Unternehmen „Deutsche Bahn Reise und Touristik AG“ wurde die Erwartung gestellt, dass dieser Bedeutung Rechnung getragen und eine hohe Verlässlichkeit in Fahrplan und in der Qualität des Angebotes gewährleistet wird.

In der sich an die Statements anschließende Diskussion wurde zwar positiv zur Kenntnis genommen, dass die Deutsche Bahn AG zum Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres das Angebot der Fernverkehrsverbindungen verbessert, insbesondere in Richtung Berlin, diese würden aber nicht ausreichen, die Defizite, die in der Vergangenheit entstanden sind, zu kompensieren. Als Beispiele wurden die Verbindungen von Bremen nach Westdeutschland genannt, die Verbindungen nach Cuxhaven sowie in Richtung Oldenburg/Emden. Ebenso lasse die Qualität des Wagenmaterials bzw. der eingesetzten Produkte, wie etwa der „Regional-Express“ als so genannter Schneller Zug, viele Wünsche offen und führe zu einer geringeren Nachfrage. Insbesondere für Geschäftsreisende sei dies kein angemessenes Angebot, welches eine nachhaltige Nachfrage schaffe. Anstatt bei einem Nachfragerückgang mit einer Angebotsverbesserung zu reagieren, habe es sich die Deutsche Bahn AG in der Vergangenheit zu leicht gemacht, indem man das Angebot einfach vom Markt genommen habe. Hier sei zu verzeichnen, dass die vom Bund zu erbringende Verpflichtung aus dem Artikel 87 GG von der Deutschen Bahn AG nicht erbracht werde und ein Umdenken dringend erforderlich sei. Die Vermutung, dass man den Regionen bzw. den „Nahverkehrsverbänden“ über die Hintertür die Verantwortung für Fernverkehrsverbindungen aufbürdet, darf sich nicht bestätigen. Die Realisierung und Umsetzung von Alternativangeboten Dritter müsse im Interesse der Region dringend verfolgt werden. Ebenso wurde auf die Bedeutung für den Tourismus hingewiesen. Weitere Forderungen waren die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen bei Nah- und Fernverkehrsverbindungen sowie die Umsetzung der dringend erforderlichen Trennung von Netz und Betrieb.

In den Sitzungen des Ausschusses am 26. April und am 24. Mai wurden die Ergebnisse der Anhörung vom 12. April beraten. Folgender von der CDU und der SPD gemeinsam eingebrachter Antragsentwurf wurde in der Sitzung am 24. Mai als Beschlussempfehlung für die Bürgerschaft (Landtag) beraten und beschlossen.

## **Fernverkehrsverbindungen in der Region Bremen und Bremerhaven aufrechterhalten und verbessern**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Anbindung Bremens und Bremerhavens mit leistungsfähigen Fernverkehrsverbindungen auf der Schiene hat für die Wirtschaftsregion eine wesentliche Bedeutung. Mit der Einstellung des „Interregio“ ist von der Deutschen Bahn AG ein adäquater Ersatz durch den „Intercity“ angekündigt worden, dennoch muss hinsichtlich Verlässlichkeit und Qualität das Angebot weiter ausgebaut werden. Die aufgrund der Verhandlungen durch den Senat erreichten Verbesserungen zum Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres werden in diesem Zusammenhang begrüßt. Zur Kompensation der Defizite aus der Vergangenheit sind aber von Seiten der Deutschen Bahn AG weitere Anstrengungen erforderlich.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf

- bei Verhandlungen des VBN über die Vergabe von Nahverkehrsleistungen sicherzustellen, dass die Erbringung von Fernverkehrsleistungen als Qualitätsmerkmal mit aufgenommen wird.
- bei Gesprächen und Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG auf die Sicherstellung und den Ausbau der Fernverkehrsverbindungen der Region Bremen und Bremerhaven hinsichtlich der Qualität und Anbindung von Zügen (umsteigefreie Verbindungen) zu drängen.
- auf Bundesratsebene sich für die Trennung von Netz und Betrieb einzusetzen.
- dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen regelmäßig über die Ergebnisse seiner Aktivitäten zu berichten.

Die Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigten hierauf an, den an den Ausschuss überwiesenen Antrag in der Bürgerschaft (Landtag) zurückzuziehen.

## **II. Empfehlung**

Der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) wie folgt zu beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt folgenden Antrag:

## **Fernverkehrsverbindungen in der Region Bremen und Bremerhaven aufrechterhalten und verbessern**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Anbindung Bremens und Bremerhavens mit leistungsfähigen Fernverkehrsverbindungen auf der Schiene hat für die Wirtschaftsregion eine wesentliche Bedeutung. Mit der Einstellung des „Interregio“ ist von der Deutschen Bahn AG ein adäquater Ersatz durch den „Intercity“ angekündigt worden, dennoch muss hinsichtlich Verlässlichkeit und Qualität das Angebot weiter ausgebaut werden. Die aufgrund der Verhandlungen durch den Senat erreichten Verbesserungen zum Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres werden in diesem Zusammenhang begrüßt. Zur Kompensation der Defizite aus der Vergangenheit sind aber von Seiten der Deutschen Bahn AG weitere Anstrengungen erforderlich.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf

- bei Verhandlungen des VBN über die Vergabe Nahverkehrsleistungen sicherzustellen, dass die Erbringung von Fernverkehrsleistungen als Qualitätsmerkmal mit aufgenommen wird.
- bei Gesprächen und Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG auf Sicherstellung und Ausbau der Fernverkehrsverbindungen der Region Bremen und Bremerhaven hinsichtlich der Qualität und Anbindung von Zügen (umsteigefreie Verbindungen) zu drängen.

- auf Bundesratsebene sich für die Trennung von Netz und Betrieb einzusetzen.
- dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen regelmäßig über die Ergebnisse seiner Aktivitäten zu berichten.

### **III. Beschluss**

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen beschließt den vorliegenden Bericht.

Günthner  
Vorsitzender